Zeno-Zeitung

Rheder Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Isselburger Zeitung.

65. Jahrgang
Postverlagsort: Bocholt.
Postversandort: Dortmund.

Amtliches Kreisblatt für den Landkreis Borken.
Hauptgeschäftsstelle: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernsprecher 2054/55.
Bezugspreis: Abgeholt von der Geschäftsstelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten gebracht 2,20 Mk. monatlich, einschließlich 25 Pfg. Botenlohn. Durch die Post einschließlich 42 Pfg. Bestellgeld 2,52 Mk. — Zeno-Sammel-Anzeigenpreise: 10 Pfg. bei 22 Millimeter Breite, Stellengesuche 6 Pfg., Reklamepreis (Textbreite) 80 Pfg. je Millimeter.

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 309 | Freitag, den 9. November 1934 | Jahrgang 1934

Flandin bildet das neue französische Kabinett.

Der Zerfall und Rücktritt des Kabinetts Doumergue.

(!) Paris, 8. November.

Das Kabinett Doumergue ist um 12,20 Uhr MEZ zurückgetreten. Im Verlaufe des Ministerrats, der die Entscheidung brachte, erklärten zunächst die radikalsozialistischen Minister Herriot, Berthod, Bertrand und Queuille ihren Rücktritt. Der radikalsozialistische Handelsminister Lamoureux, der an einer schweren Grippe leidet, nahm ebenso wie Staatsminister Tardieu an der Sitzung nicht teil, konnte also sich an der Demission nicht beteiligen. Nach der Erklärung der vier radikalsozialistischen Minister beschloß das Kabinett den Gesamtrücktritt.

Amtlich wird darüber mitgeteilt, daß die radikalsozialistischen Minister zurückgetreten seien, weil eine Verständigung über die provisorische Vorlage über die drei Haushaltszwölftel nicht erzielt werden konnte. Ministerpräsident Doumergue habe dem Präsidenten Lebrun seinen Rücktritt und den Rücktritt der noch an seiner Seite verbliebenen Ministerkollegen mitgeteilt. Der Präsident der Republik habe Doumergue für seine Dienste gedankt und die Regierung zunächst mit der Fortführung der laufenden Geschäfte beauftragt.

Diesen Vorgängen ging die Stellungnahme der radikalsozialistischen Kammerfraktion zu den von der Kabinettsmehrheit gebilligten Absichten des Ministerpräsidenten voraus. Die Fraktion nahm mit allen gegen zwei Stimmen folgende Entschließung an:

Die Fraktion erklärt, dem Gedanken des politischen Waffenstillstandes treu zu bleiben. Da sie ihn loyal eingehalten hat, hat sie das Recht, die Befolgung des politischen Waffenstillstandes auch von den anderen Parteien zu fordern. Die Fraktion ist im Interesse des Landes zu einer weitgehenden „Organisierung des Staates" entschlossen. Sie beteuert ihren Willen, diese Reform unter Ausschluß jeder der republikanischen Doktrin zuwiderlaufenden Maßnahme zu verwirklichen. Die Fraktion steht andererseits auf dem Standpunkt, daß der Bericht des Generalberichterstatters des Finanzausschusses der Kammer über den Haushaltsvoranschlag vorliegt, so daß also die Aussprache über den Haushalt beginnen kann. Die Fraktion beschließt, mit Rücksicht auf eine geordnete Verwaltung der Staatsfinanzen die sofortige Beratung des Haushaltsplanes zu verlangen und verspricht, zu der möglichst raschen Verabschiedung des Haushalts beizutragen. Die Fraktion ist der Ansicht, daß sie auf diese Weise alles macht, was von ihr verlangt wird, um die Einigkeit aufrechtzuerhalten. Sie wünscht, daß ähnliche Bemühungen den ihrigen entsprechen werden, um durch allgemeine Zusammenarbeit die wirtschaftliche Wiedererhebung und die Aufrechterhaltung des inneren und äußeren Friedens zu gewährleisten.

Der Abgeordnete Yvon Delbos brachte dem Ministerpräsidenten die Entschließung am Mittwochabend amtlich zur Kenntnis und übermittelte ihm den Wunsch der Radikalsozialisten, er möge Zugeständnisse machen.

Wenn der Haushaltsplan bis zum 1. Januar nicht verabschiedet sein sollte, würden die Radikalsozialisten die Verpflichtung übernehmen, dann für die Haushaltszwölftel zu stimmen. Doumergue lehnte diesen Vorschlag rundweg ab und erklärte, er müsse auf seinen Forderungen bestehen.

Die radikalsozialistische Kammerfraktion beschloß darauf, ihre am Dienstag gefaßte Entschließung unverändert aufrecht zu erhalten, obwohl der Innenminister und radikalsozialistische Abgeordnete Marchandeau in der Fraktionssitzung seine Kollegen dringend gebeten hatte, keine Regierungskrise heraufzubeschwören. Die Krise ist dann wegen der Verweigerung der drei Haushaltszwölftel, die ein taktischer Schachzug zur Hinausschiebung des Zusammentritts der Nationalversammlung war, am Donnerstag vormittag, wie zu erwarten war, ausgebrochen. Ministerpräsident Doumergue selbst erklärte am Mittwochabend Pressevertretern: „Jetzt ist die Lage wenigstens schon klar. Die Verantwortung steht fest. Ich befinde mich jetzt in einer leichteren Stellung. Ich weiß, was ich tun will, und ich werde es tun. Ich werde morgen um 10 Uhr ebenso ruhig, wie ich jetzt bin, zum Ministerrat gehen. Wenn mich natürlich die Minister im Stich lassen, werde ich mich dem Parlament am Donnerstag nachmittag nicht vorstellen." Auf die Frage, ob der Ministerpräsident von allen ihm verfassungsmäßig zur Verfügung stehenden Mitteln Gebrauch machen wolle, antwortete Doumergue: „Um die Auflösung zu beantragen, ist ein Kabinett notwendig. Ich will keine Minderheitsregierung bilden; denn dann würde man mich der Diktatur beschuldigen."

Die Gründe für den Rücktritt hat Doumergue in dem Schreiben, das er heute mittag im Namen aller Kabinettsmitglieder ausschließlich der Radikalsozialisten dem Präsidenten der Republik Lebrun überreicht hat, genau angegeben.

Er nimmt darin Bezug auf die Umstände, unter denen **er am 7. Februar vom Präsidenten der Republik und** dem Präsidenten beider Kammern bewogen wurde, als ein Mann, der bekannt dafür war, außerhalb der Parteien zu stehen, die Regierungsbildung zu übernehmen.

Er habe, heißt es weiter in dem Schreiben, ein Kabinett der Befriedigung und der Aktion zusammengestellt, das auch tatsächlich gehandelt und nützliche Ergebnisse erzielt habe. Eine Meinungsverschiedenheit zwischen den Mitgliedern des Kabinetts sei in dem Augenblick entstanden, als die Regierung sich anschickte, ein von der großen Mehrheit des Volkes lebhaft gewünschtes Werk durch eine vernünftige und notwendige Verfassungsänderung in Angriff zu nehmen. Nachdem die Mehrheit des Kabinettsrates sich auf seinen Vorschlag geeinigt habe, habe er, Doumergue, die Hoffnung gehabt, daß auch die Minderheit sich diesem Vorschlag anschließen würde. Entgegen seiner Hoffnung habe die Meinungsverschiedenheit aber weiter angedauert und sei gelegentlich der Vorlage über die drei Haushaltszwölftel zum Ausbruch gekommen. Nachdem der Vorsitzende der Radikalsozialistischen Partei ihm erklärt habe, daß er die Vorlage über die drei Haushaltszwölftel nicht mitmachen könne, sei er sich darüber im klaren gewesen, daß die Möglichkeiten zum weiteren Fortbestehen eines Burgfriedenskabinetts nicht mehr vorhanden seien. Diese Schlußfolgerung sei durch die Entschließung der radikalsozialistischen Kammerfraktion bestätigt worden, die den Rücktritt der radikalsozialistischen Minister zur Folge gehabt habe. Wenn in dieser Entschließung der Grundsatz des Burgfriedens weiter aufrechterhalten worden sei, so doch unter der Bedingung, daß der Ministerpräsident auf die Vorlage der drei Haushaltszwölftel verzichte, die ihm, Doumergue, im Interesse der Zukunft der Nation unbedingt notwendig erschienen sei. Nachdem ihm die Unterstützung der Radikalsozialistischen Partei entzogen sei, könne er nicht mehr daran denken, ein Kabinett zu bilden, dessen Mitglieder einer parlamentarischen Minderheit angehören würden.

Staatspräsident Lebrun unterließ es nicht, Doumergue zur Zusammenstellung eines neuen Kabinetts zu bewegen. Doumergue lehnte jedoch ab und blieb bei seinem Entschluß, sich zurückzuziehen. Es ist also damit zu rechnen, daß er auf sein Landsitz Tournefeuille bei Toulouse zurückkehrt.

Als Ministerpräsident Doumergue das Elisé verließ, wohin er sich begeben hatte, um dem Präsidenten Lebrun das Rücktrittsschreiben der Regierung zu überreichen, wurde er von der Menge erkannt und war Gegenstand einer lebhaften Sympathiekundgebung. Aus den Reihen hörte man wieder Rufe „Es lebe Doumergue!"

An das französische Volk richtete Doumergue folgenden Aufruf: „Ich bin gezwungen, mein Amt niederzulegen. Ich bitte alle meine Mitbürger, die Ruhe zu bewahren. Sie ist notwendig, um die augenblicklichen Schwierigkeiten im Interesse der Sicherheit und des Vaterlandes zu lösen."

Staatspräsident Lebrun beauftragte mit der Neubildung der Regierung zunächst den bisherigen radikalsozialistischen Außenminister Laval; der aber lehnte den Auftrag ab. Nach Verlassen des Elisés gab er folgende Erklärung ab: „Ich bin kürzlich beauftragt worden, die Außenpolitik des Burgfriedens zu leiten. Das ist eine wichtige Aufgabe, der ich mich gewidmet habe. Sie erfordert volle Hingabe und schließt alle anderen Absichten aus. Ich habe dem Präsidenten der Republik für das Angebot gedankt, habe aber bedauert, es ablehnen zu müssen."

Es verlautet, daß der Präsident der Republik auch den Kammerpräsidenten Bouisson gefragt habe, ob er die Regierungsbildung übernehmen würde, von diesem aber ebenfalls eine Absage erhalten habe. Bouisson soll dem Staatspräsidenten erklärt haben, daß er auf seinem jetzigen Posten, den er bereits seit acht Jahren inne hat, besser dem Burgfrieden dienen könne, den er im Februar besonders befürwortet hat.

Der Präsident der Republik empfing darauf den bisherigen Minister für öffentliche Arbeiten, Flandin, der nach einer kurzen Bedenkzeit den Auftrag annahm.

Im Zusammenhang mit der Betrauung Flandins wird an das kürzliche, zwei mal wiederholte Bündnisangebot der von Flandin geleiteten demokratischen Allianz an die Radikalsozialisten erinnert. Da die demokratische Allianz auf ihrer soeben in Arras abgehaltenen Landestagung durch den Mund ihres Vorsitzenden und durch ihre zusammenfassende Entschließung ihre politischen Ziele bekannt gegeben hat, dürfte es den Radikalsozialisten nicht schwer fallen, sich über die Möglichkeiten eines Zusammengehens mit den Parteien der Mitte und der gemäßigten Rechten zu entscheiden.

(Weiteres auf der 2. Seite.)

Bildersturm in Mexiko.

Blutdürstige Lehrer.

DNB **Mexiko**, 8. November.

Wie die Zeitung „La Prensa" aus Merida meldet, hat der Landschuldirektor von Hampolol im Staate Campeche 20 Heiligenbilder, die von der Polizei bei Privatpersonen beschlagnahmt worden waren, verbrennen lassen. Ferner hat die Gerichtspolizei in Merida sämtliche Kirchen geschlossen und den Erzbischof von Yucatan aufgefordert, Mexiko zu verlassen. Der Gouverneur des Staates Chihuahua hat die Schließung sämtlicher Privatschulen angeordnet.

„La Prensa" meldet weiter aus Aguas Calientes, die Polizei habe dort eine Verschwörung gegen die Staatsregierung aufgedeckt. Mehrere Personen seien verhaftet, eine größere Anzahl von Waffen beschlagnahmt worden.

Einen geradezu phantastischen Antrag haben mehrere Lehrer aus Matamores im Staate Tamaulipas der Kammer zugeleitet. Die Lehrer fordern die Erschießung sämtlicher Erzbischöfe, Bischöfe und Priester, weil sie Vaterlandsverräter seien, dem Papst unterständen und somit als Ausländer gewertet werden müßten; sie seien ferner Feinde der Regierung und ein Hindernis für den Fortschritt des mexikanischen Proletariats. Dieser Antrag wurde von der Kammer mit homerischem Gelächter aufgenommen und den Ausschüssen überwiesen, wo er wahrscheinlich ad acta gelegt werden wird.

★

Die amerikanische Presse gibt soeben den Wortlaut jenes Paragraphen aus der mexikanischen Verfassung bekannt, der eine Grundursache der gegenwärtigen Unruhen in Mexiko ist. Der ursprüngliche Wortlaut, wie er von der Konstitution von 1917 festgesetzt wurde und bisher in Kraft war, hieß: „Paragraph 3. Der Unterricht ist frei. Er soll in öffentlichen Lehranstalten weltlich sein. Auch der Elementarunterricht in Privatschulen soll weltlich sein. Keine religiöse Gemeinschaft noch die Beamten eines religiösen Glaubens dürfen Elementarschulen gründen oder leiten."

Dieser Wortlaut wurde jetzt in folgender Weise geändert: „Paragraph 3. Die Erziehung, die vom Staat erteilt wird, soll sozialistisch sein; sie soll jede religiöse Lehre ausschließen. Fanatismus und Vorurteile bekämpfen und zu diesem Zweck den Unterricht so organisieren, daß er in der Jugend eine rationale und sachliche Auffassung vom Universum und dem sozialen Leben schafft."

Eine Verfügung des Führers zum 9. November.

DNB **Berlin**, 8. November.

Die NSK gibt folgende Verfügung des Führers bekannt:

Unsere Toten haben für die Bewegung das größte Opfer gebracht. Sie haben im Dienste der nationalsozialistischen Idee und für die Eroberung des Staates ihr Leben hingegeben.

Ihr Andenken zu ehren und ihren Hinterbliebenen den Dank der Bewegung in sichtbarer Form abzustatten, ist eine Ehrenaufgabe für die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei.

Ich bestimme daher unter dem 9. November 1934, dem elften Jahrestag der nationalsozialistischen Erhebung in München und des großen Opfers unserer ersten Blutzeugen:

1. Aus den Mitteln der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei wird jährlich ein Betrag von einer halben Million für die unmittelbaren Angehörigen unserer Gefallenen zur Verfügung gestellt.
2. Die Verteilung dieses Betrages erfolgt je nach Lage der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der betroffenen Familien.
3. Die Ausführungsbestimmungen erläßt der Reichsschatzmeister der NSDAP.

München, den 9. November 1934.

(gez.) **Adolf Hitler.**

Bomben-Anschlag auf Marschall Tschiangkaischeck.

Zwei Personen getötet, vier verletzt.

DNB. **Tokio**, 8. November.

Wie die Telegraphenagentur Shimbun-Rengo mitteilt, ist auf Marschall Tschiangkaischek, der sich in einem Sonderzug auf der Fahrt nach Peiping befand, um mit dem japanischen Gesandten Arioschi zu verhandeln, ein Anschlag verübt worden. Als der Sonderzug die Station Erzumenzi passierte, wurde eine Bombe geworfen, die den letzten Wagen traf. Zwei Beamte aus der Begleitung des Marschalls wurden getötet, vier verletzt. Marschall Tschiangkaischek und seine nächsten Mitarbeiter blieben unverletzt. Sie haben später ohne den zerstörten Wagen die Reise nach Peiping fortgesetzt, wo die Konferenz am Freitag beginnt.

Einer weiteren Meldung zufolge sind zwei Personen verhaftet worden. Die Agentur Shimbun-Rengo meldet, daß die chinesische Zensur bisher die Veröffentlichung aller Nachrichten über den Anschlag verhindert habe.

Tagesrundschau.

Der 9. November. Der 9. November ist nicht nur der Tag, an dem im deutschen Volke die Erinnerung an das tragische Ende des Weltkrieges und die Ausnutzung der Verzweiflung, des innenpolitischen Durcheinanders und der Not des Vaterlandes durch Sozialdemokraten und Spartakisten wach wird, an einem 9. November marschierte auch zum ersten Male mit dem Ziele des Umsturzes, der Ueberwindung des aus der marxistischen Revolution hervorgegangenen, in Weimar begründeten Staates der junge Nationalsozialismus. Und jene Vorgänge am 9. November 1923 in München, bei denen die ersten Opfer der nationalsozialistischen Revolution fielen, geben diesem Tag im Dritten Reiche sein besonderes Gepräge. Die NSDAP gedenkt der gefallenen Kämpfer, und es ist nationalsozialistische Tradition geworden, daß die 18jährigen Hitlerjungen und die 21jährigen BdM-Mädel, die eine genügend lange Zeit in ihrer Organisation mit dem Wesen des Nationalsozialismus vertraut geworden sind, an diesem Tag in einem feierlichen Akt in die Partei aufgenommen werden. Die Gedanken, die am 9. November die alten Nationalsozialisten bewegen, hat Reichsminister Dr. Frick in einem Aufsatz der „Nationalsozialistischen Parteikorrespondenz" niedergelegt. Er schreibt da:

„Das Jahr 1923 war erfüllt mit unerhörten seelischen Spannungen im Leben des deutschen Volkes. Ganz Deutschland schien das Opfer innerer Zersetzung zu werden. In diesem Jahre wuchs aber auch die nationalsozialistische Bewegung Adolf Hitlers in München und Bayern zu einer großen Macht heran. Der Führer sah sich einer Lage gegenüber, die ihn zu einer entscheidenden Tat herausforderte. Die Not der Massen, die neu auflackernden marxistischen Revolten, der leidenschaftliche Wille des Widerstandes gegen nationale Schmach und Wirtschaftsnot im eigenen Lager — sie alle drängten zur Entscheidung. Im Hintergrund lauerten Kräfte in Bayern, die die Not des Reiches für ihre alten Pläne auszunutzen gedachten. Die Mainlinie begann ein politischer Begriff erster Ordnung zu werden. Im Frühherbst 1923 schien Bayern am Rande einer monarchistischen Restauration zu stehen. Jeder Tag konnte Entscheidungen bringen, die die endgültige Zertrümmerung des Reiches bedeuteten. In diesen Tagen entschloß sich der Führer, die reichsfeindlichen Pläne zu verhindern, indem er sich selbst und seine Bewegung in die Bresche warf. So kam es zu den Ereignissen vom 8. und 9. November 1923 in München, die zwar mit einer blutigen Niederschlagung der Bewegung und der Einkerkerung des Führers und seiner Getreuen endeten, die aber doch schließlich zum Siege führen sollten. Zum zweiten Male in der deutschen Geschichte war ein 9. November zum Tage tiefster nationaler Erniedrigung geworden. Dem 9. November 1918, an dem Landesverräter und Meuterer alle Opfer und Siege der deutschen Heere des Weltkrieges schmählich zunichte machten, folgte fünf Jahre später der zweite 9. November, an dem Deutsche gegen Deutsche am Odeonsplatz in München einander gegenüberstanden, und die Freiheitsbewegung Adolf Hitlers blutig niedergeworfen wurde. Wenn wir uns heute dieser düsteren Tage im Leben der Nation erinnern, dürfen wir mit aufrechtem Stolz bekennen, daß gerade die Schmach dieser Ereignisse es war, die den deutschen Menschen nicht rasten und ruhen ließ, das Schicksal der deutschen Nation zu wenden. So sind die Blutopfer, die in den grauen Novembertagen nutzlos gebracht schienen, doch nicht sinnlos geblieben. Aus dem Opfer der Helden des Weltkrieges und der Toten vom Odeonsplatz entstieg der Nation die reinigende Kraft zur Befreiung."

„Das Reich", schreibt Dr. Frick zum Schluß, „ist wieder ein Staat der Deutschen. Die Inschrift der Gedenktafel in der Feldherrnhalle zu München trägt mit Recht die stolzen Worte: „Und ihr habt doch gesiegt!"

★

Die französische Krise. Was man seit dem radikalsozialistischen Parteitag in Nantes kommen sah, ist gestern eingetreten. Das Burgfriedenskabinett Doumergue, die nationale Union, in der alle bürgerlichen Gruppen zusammengefaßt waren, ist zerfallen. Die Franzosen, die es mit Doumergue halten, geben die Schuld an der Krise den Radikalsozialisten, dem Parteiismus, dem Egoismus und der Angst der Abgeordneten vor Verlust ihres Einflusses und ihrer politischen Bedeutung. Doumergue, schreibt der „Temps", sei nicht das Opfer der Undankbarkeit eines Volkes. Er unterliege den blinden Leidenschaften der Parteien und in diesem Falle besonders den blinden Leidenschaften und Vorurteilen der Radikalsozialistischen Partei. Herriot habe Doumergue abgesetzt. Von der Rache der Besiegten des 6. Februar, wo bekanntlich in Paris angesichts des Versagens der Kammer die Frontkämpfer marschierten und Blut in den Straßen der Hauptstadt floß, spricht die „Liberté". Der von gewissen Kreisen angeführte Grund, man wolle sich gegen die persönliche Machtausübung verwahren, sei nicht stichhaltig. In Wirklichkeit wollten sich nur einige hundert kleine persönliche Mächte (lies: die Parlamentsmitglieder) behaupten. Vor dem üblen Werk verblendeter Politiker könne man nur ungeheuren Abscheu empfinden. Gleich entrüstet äußern sich das „Journal des Débats", das schreibt, die Regierung Doumergue sei zwischen zwei Türen in einem Korridor erstickt worden, wo der freimaurerische Radikalismus ihr auflauerte, und die katholische Zeitung „La Croix", die erklärt, man sei geradezu bestürzt, wenn man bedenke, welche Intrigen zum Rücktritt Doumergues geführt hätten. Anders sehen natürlich die Leute der Linksparteien die Sache an, die Radikalsozialisten und die Marxisten. So schreibt die linksradikale Zeitung „Notre Temps", Doumergue habe sich auf die Stellung: „Alles oder nichts" versteift. Die Radikalsozialisten hätten Un-

möglichkeiten versucht, um den Bruch zu verhindern. Herriot habe gegenüber Doumergue beinahe heldenhafte Selbstentsagung bewiesen. Wenn Doumergue nicht den außergewöhnlichen Gedanken gehabt hätte, sich haushaltsmäßig im Hinblick auf eine mögliche Auflösung der Kammer Waffen zu verschaffen, dann hätte die Regierung unversehrt weiterbestehen können. Für uns Deutsche haben diese Vorgänge in Frankreich nichts anderes zu sein als eine innere Angelegenheit der Franzosen. Wir betrachten sie als Zuschauer von der Gallerie und können von dieser Warte aus feststellen, daß es immerhin kein leichter Entschluß für die Radikalsozialisten war, Doumergue aus dem Sattel zu heben. Sie waren sich offenkundig bewußt, daß sie in ihm einen bedeutenden und außergewöhnlich populären Führer stürzten und daß sie damit Gefahren heraufbeschwören konnten wie die vom 6. Februar. Darum ließen sie alle Taktik spielen, um die Verantwortung von sich abzuschieben und auch vor dem französischen Volke nicht als rabiate Gegner der von Doumergue geforderten und begründeten Verfassungsreform zu erscheinen. Aber Doumergue stand zu seinem Plan, er ließ sich nichts abhandeln und nichts aus der Hand winden, was zur Durchführung der Reform notwendig war. Darum forderte er die Vertagung der Haushaltsdebatte und die Bewilligung der drei Budgetzwölftel, um die Staatsmaschinerie zu sichern, falls sich die Auflösung der Kammer beim Widerstreben der Nationalversammlung gegen die von ihm geforderte Aenderung des Verfassungsartikels über die Kammerauflösung als notwendig erweisen sollte. Darum machte er aus der Frage der Haushaltszwölftel eine Kabinettsfrage. Und so ist die Entscheidung über ihn und seine Regierung nicht in der Kammer, sondern im vorparlamentarischen Raum gefallen. In der Ordnung wäre es nach dem Brauch im parlamentarischen System gewesen, wenn nunmehr eine Persönlichkeit der Partei, an deren Verhalten Doumergue gescheitert ist, die Neubildung des Kabinetts übernommen hätte. Aber Laval war sich offensichtlich der Gefahren bewußt, die eine radikalsozialistisch geführte Regierung heraufbeschwören mochte. Daher lehnte er den Auftrag zur Regierungsbildung ab, und aus demselben Gefühl beeilte sich die radikalsozialistische Kammerfraktion, Flandin, der nach Laval den Auftrag zur Kabinettsbildung bekam und ihn annahm, ihre volle Unterstützung zuzusagen. Flandin ist kein Radikalsozialist, er steht rechts von dieser Partei und hat infolgedessen auch Aussicht, von den Gruppen der Mitte und Rechten die für eine Mehrheit notwendige Unterstützung zu finden. Nach den letzten Meldungen aus Paris scheint es, daß ihm die Durchführung seines Auftrages gelingt, wobei natürlich Voraussetzung ist, daß er auf die radikalsozialistischen Bedenken gegen die Vertagung der fälligen Haushaltsberatung und die nun einmal in die öffentliche Debatte geworfenen Staatsreformpläne Rücksicht nimmt. Ob sie nun ganz oder nur zum Teil, da sie ja von den Radikalsozialisten nicht in Bausch und Bogen abgelehnt wurden, in der Versenkung verschwinden werden, bleibt abzuwarten. Ebenso läßt sich noch nicht übersehen, ob der Rücktritt des erfahrenen Doumergue und sein Ersatz durch einen ihm an Volkstümlichkeit bei weitem nicht gleichkommenden jüngeren Politiker ohne neue innere Erschütterungen, ähnlich etwa denen vom 6. Februar, vor sich gehen wird.

#

Flandin zuversichtlich.

Die Radikalsozialisten unterstützen ihn.

(!) **Paris**, 8. November.

Nach seinen Verhandlungen mit dem zurückgetretenen Ministerpräsidenten Doumergue, dem Senats- und dem Kammerpräsidenten, die ihm angeraten haben, die Kabinettsbildung durchzuführen, begann Pierre Etienne Flandin die Fühlungnahme mit den Führern der politischen Parteien. Zuerst verhandelte er mit dem radikalsozialistischen Abgeordneten Herriot. Inzwischen hat Flandin den Eindruck gewonnen, daß er die ihm gestellte Aufgabe durchführen kann. Er hat nachmittags dem Präsidenten der Republik mitgeteilt, daß er den Auftrag der Kabinettsbildung endgültig annimmt und möglichst schnell zum Abschluß kommen will.

Die radikalsozialistische Kammerfraktion hat eine Entschließung angenommen, in der sie sich bereiterklärt, der neuen Regierung ihren Beistand zu leihen, wenn sie die Verpflichtung übernimmt, die wirtschaftliche Wiederherstellung gleichzeitig mit der Verteidigung des republikanischen Regimes zu gewährleisten.

In der Aussprache kam zum Ausdruck, daß nichts von dem Programm Flandins einer loyalen Mitarbeit der Radikalsozialistischen Partei im Weg stünde.

Ministerpräsident Flandin habe bekanntgegeben, daß er auf die Einbringung von Haushaltszwölfteln verzichte, aber die dringliche Verwirklichung der Staatsreform gewährleisten wolle. Der neue Ministerpräsident wolle die Nationalversammlung nach Versailles einberufen, wenn die Mehrheit das wünsche, aber er gedenke vorher den Haushaltsplan für 1935 verabschieden zu lassen.

Unter diesen Umständen habe der Abgeordnete Herriot von der radikalsozialistischen Fraktion den Standpunkt vertreten, daß der vertrauensvolle Beistand der Radikalsozialistischen Partei dem Ministerpräsidenten Flandin gewährt werden könne. Die radikalsozialistische Kammerfraktion hat den Abgeordneten Herriot ermächtigt, in eine Regierung Flandin einzutreten.

Aus unterrichteter Quelle verlautet, daß der bisherige Kriegsminister Pétain es abgelehnt hat, im neuen Kabinett Flandin zu verbleiben. Als Nachfolger Pétains wird der Chef des Generalstabes, General Gamelin, genannt, der bereits von Flandin zu einer Unterredung empfangen worden ist. Ueber die weitere Verteilung der Ministersitze liegt noch keine Entscheidung vor. Man weiß aber noch nicht, welches Ministerium Herriot zugedacht ist.

Fest steht zunächst nur, daß Laval Außenminister bleibt. Die Ministerliste dürfte im Laufe der Nacht mehr oder weniger fertig werden.

André Tardieu hat das Angebot in das Kabinett einzutreten, abgelehnt. Er erklärte, er wünsche unter den gegebenen Umständen sich dem Rücktritt Doumergues anzuschließen.

Das „Echo de Paris" will berichten können, daß zur Verstärkung des Ordnungsdienstes 50 Abteilungen Mobilgarde nach Paris beordert worden seien, um gegebenenfalls jede Unordnung zu unterdrücken.

Im Laufe des Abends unternahm berittene Garde Streifen durch Paris, hauptsächlich auf den Boulevards. Die Truppen des Standortes Paris sollen Befehl erhalten haben, in den Kasernen zu bleiben und sich bereitzuhalten.

Pierre Etienne Flandin.

DNB **Paris**, 8. November.

Der von Staatspräsident Lebrun mit der Regierungsbildung beauftragte bisherige Minister für öffentliche Arbeiten im Kabinett Doumergue, Pierre Etienne Flandin, ist im April 1889 in Paris geboren. Als Doktor der Rechtswissenschaften und Inhaber des Diploms der Hochschule für Politik wurde er im Jahre 1914 vom Departement Yonne in die Kammer gewählt, wo er mit seinen 25 Jahren der jüngste Abgeordnete war. Den Weltkrieg machte Flandin als Flieger mit. Im Jahre 1917 wurde er dem Unterstaatssekretariat für Luftfahrt zugeteilt; als französischer Vertreter gehörte er dem Unterausschuß für Luftrecht auf der Friedenskonferenz als Unterstaatssekretär im Luftfahrtministerium dem Kabinett Millerand (1920) und Leygues (1920/21) an. Später war er Handelsminister im Kabinett Francois Marsal (1924) und in den beiden ersten Regierungen Tardieus (1929/30). In den beiden Kabinetten Lavals (1931/32) und in dem dritten Kabinett Tardieu (1932) leitete Flandin das Finanzministerium. Als Finanzminister trat er gegen das Hoover-Moratorium auf und zeigte sich in der Reparationsfrage sehr wenig nachgiebig. Im Jahre 1933 mußte er in der Kammer schweren Angriffen der Linksparteien wegen der Vorgänge bei der französischen Luftfahrtgesellschaft Aero Postal standhalten. Im Februar 1934 wurde Flandin als Minister für öffentliche Arbeiten in das Kabinett der nationalen Einigung berufen.

In der Kammer gehört Flandin der Gruppe der republikanischen Linken, einer Gruppe der Mitte, an. Ferner ist er Präsident der Demokratischen Allianz, einem überparteilichen politischen Verband, dem Vertreter mehrerer Gruppen der Mitte und der gemäßigten Rechten angehören.

Die Demokratische Allianz.

DNB **Paris**, 8. November.

Die Demokratische Allianz, die seit 1901 als Wahl- und Werbeorganisation der rechten Mitte (etwa mit dem „Nationalliberalismus" im früheren Deutschland vergleichbar) bestand, hat erst vor zwei Jahren den Charakter einer einheitlichen politischen Parteiorganisation. Sie besitzt aber auch heute noch keine ihr entsprechende einheitliche Kammerfraktion, vielmehr gehören zu ihr die sogenannten Linksrepublikaner (die richtiger Rechtsrepublikaner heißen müßten), mit 42 Abgeordneten, darunter Flandin selbst, ferner die meisten der (wieder etwas weiter rechts stehenden) Republikaner der Mitte mit 32 Abgeordneten, darunter Tardieu, und schließlich ein Teil der 44 Mann starken Radikalen Linken sowie eine Anzahl freier Abgeordneter. Im Senat sind der Demokratischen Allianz zuzurechnen: die Mehrzahl der 64 Senatoren starken republikanischen Union (mit Ausnahme des lothringischen Schwerindustriellen de Wendel, der zur Partei Marin gehört), die Gruppe, der Poincaré angehörte, sowie die 31 Mann starke Radikaldemokratische Union (Barthou).

Die Demokratische Allianz ist auf sozialem Gebiet äußerst konservativ, im übrigen republikanisch. Poincaré war bis 1927 Ehrenvorsitzender der Allianz, Barthou war ihr eifrigster Mitkämpfer. Wirtschafts- und Finanzführer, verkörpert in der Person des Pariser Großbürgers Flandin, gehören größtenteils politisch zur Demokratischen Allianz, soweit sie nicht in der nationalistischen, rechtsgerichteten Partei Marin zu finden sind. Mit dieser teilt die Demokratische Allianz die unbedingte Ablehnung des Kollektivismus. Flandin hat sich in letzter Zeit zum Apostel des Wirtschaftsliberalismus gemacht. Dank der ausgedehnten Regierungserfahrung, die auf der Mittelstellung der Allianz beruht, verfügen ihre Führer über einen starken Wirklichkeitssinn und suchen namentlich mit den Radikalsozialisten, die eine Mittelstands- und Bauernpartei darstellen, zu möglichst weitgehender Verständigung zu gelangen. Die Allianz besitzt auch Verständnis für eine vernünftige und vom Parlament abgesonderte Interessenvertretung der Gewerkschaften und der anderen wirtschaftlichen Interessenverbände.

Der Bericht, den Abgeordneter Fabry, der Vorsitzende des Heeresausschusses der Kammer, auf dem Parteitag von Arras abstattete, wandte sich zwar in sehr scharfen Sätzen gegen die militärische Gleichberechtigung Deutschlands, da diese einer tatsächlichen Ueberlegenheit des Reiches gleichkomme, dennoch kann man von der Allianz in ihrer Gesamtheit nicht behaupten, daß sie gegenüber Deutschland eine durchweg negative Haltung etwa in der Art der Partei Marins einnimmt. Zu den Vizepräsidenten der Allianz gehört auch Tardieu, der allerdings sowohl in der Außenpolitik wie in der Frage der Verfassungsreform Doumergues einen äußerst schroffen Standpunkt eingenommen hat. Tardieu konnte als Vater des autoritären Verfassungsreformprogramms gelten. Er ist aber in den letzten Wochen ganz in den Hintergrund getreten, zumal er zur Zeit krank ist.

Herriot begründet das Verhalten der radikalsozialistischen Minister.

DNB **Paris**, 8. November.

Herriot hat im Namen der radikalsozialistischen Minister ein längeres Schreiben an Doumergue gerichtet, in dem er ihren Rücktritt begründet. In dem Schreiben wird eingangs darauf hingewiesen, daß die Radikalsozialisten sich loyal an der Regierung Doumergue beteiligt und die schwere Verantwortung mitgetragen hätten. Weiter heißt es u. a., Doumergue habe in seinen Rundfunkreden, die die Regierung vorher nicht gekannt habe, schwerwiegende Reformen rein politischen Charakters dem Lande vorgeschlagen. Die radikalsozialistischen Minister hätten ihn gerne vorher ihre Auffassung zu dieser Frage mitgeteilt. Sie seien auch für eine Staatsreform, für die Einschränkung der Rechte der Kammer auf finanziellem Gebiet. Sie wollten eine Stärkung der Regierungsgewalt, vorausgesetzt, daß dies nicht ein Hineinziehen des Präsidenten der Republik in die politischen Kämpfe zur Folge hätte. Aber darum solle man sich Bedenkzeit erbitten, ehe man sich auf eine Aenderung der Verfassung einige, die nicht ein leicht abzuänderndes Gesetz sei, sondern ein dauerndes Gesetz und damit das Schicksal der Republik! Durch die Vorlage über die Haushaltszwölftel habe Doumergue die Frage der Kammerauflösung aufgerollt. Von einer Entscheidung über die Haushaltszwölftel habe er alle übrigen Entscheidungen abhängig machen wollen. Es wäre, so heißt es, nicht loyal von den radikalsozialistischen Ministern gewesen, weiter an der Regierung mitzuarbeiten, wenn sie nicht das gesamte Programm Doumergues billigten.

Im weiteren Verlaufe des Schreibens bringen die radikalsozialistischen Minister ihren ablehnenden Standpunkt zur Frage der Auflösung der Kammer zum Ausdruck und kommen dann zu dem Schluß, daß ihnen keine andere Wahl als der Rücktritt geblieben sei.

Nach dem „Petit Journal" erklärte Herriot Pressevertretern, es vergehe kein Tag, an dem er nicht schriftliche oder fernmündliche Todesdrohungen erhalte.

Knox erstattet dem Dreierausschuß Bericht

Der deutsche Standpunkt.

▲ **Rom**, 8. November.

Wie amtlich mitgeteilt wird, hat der Dreierausschuß für die Saarabstimmung am Donnerstag vormittag unter Vorsitz Baron Aloisis seine Arbeiten in Rom fortgesetzt. Der Präsident der Regierungskommission Knox, der am Mittwoch abend hier eingetroffen ist, berichtete dem Ausschuß über die allgemeine Lage im Saargebiet. Knox erklärte, daß bisher die öffentliche Ordnung nicht gestört worden sei. Immerhin habe sich die Regierungskommission, auf ihre Vollmacht gestützt, aktiv mit der Verstärkung der Polizei beschäftigt. Andererseits lenkte Knox die Aufmerksamkeit des Ausschusses auf die wirtschaftliche Lage, die wegen der Schwierigkeiten heikel sei, denen die Wirtschaftskreise am Vorabend der Abstimmung bei der Erlangung der üblichen kurzfristigen Kredite begegneten.

Der deutsche Staatskommissar für die Saar, Bürckel, hat seine Mission mit der Darlegung des deutschen Standpunktes vor Aloisi erfüllt und mit seiner Begleitung am Donnerstag morgen Rom im Flugzeug wieder verlassen. Die Vertreter der saarländischen Interessen sind in rein privater Mission zu informativen Gesprächen hier. Sie verteidigen die Interessen der Saarwirtschaft und werden von dem Industriellen Röchling und dem Handelskammerpräsidenten Karcher geführt.

Die deutsche Regierung hat es abgelehnt, überhaupt in Erörterungen für den Fall des Status quo oder gar den völlig undenkbaren Fall des Anschlusses an Frankreich einzutreten. Deutschland ist nur bereit, gewisse praktische Fragen zu behandeln für den Fall der Rückgliederung der Saar an Deutschland. Die Behandlung des Barthouschen Memorandums kann auch nicht in Frage kommen, da das eine Wahlpropaganda gegen Deutschland in sich selber wäre. Deshalb wurden alle Fragen dieser und ähnlicher Art in dem vorgelegten Fragebogen nicht beantwortet. Als dritte Einschränkung und vielleicht als wichtigste bleibt die, daß unter allen Umständen alles abgelehnt wird, was auf eine Einschränkung der deutschen Souveränität hinausläuft, die vom Tage der Rückgliederung an wieder voll in Kraft treten muß. Der Vertrag von Versailles spricht darin vollkommen klar.

Weitere Zusammenarbeit auf der Grundlage des römischen Protokolls.

Das Ergebnis der Romreise Gömbös'

▲ **Rom**, 8. November.

Ueber die Besprechungen zwischen Mussolini und Ministerpräsident Gömbös in Rom wird eine amtliche Mitteilung veröffentlicht, in der es u. a. heißt:

Ministerpräsident Gömbös und Mussolini hatten im Palazzo Venezia zwei lange Unterredungen. Im Verlaufe dieser Erörterungen prüften die beiden Regierungschefs auf der Grundlage und im Geiste des italienisch-österreichisch-ungarischen Protokolls vom letzten März Fragen der allgemeinen Politik und darüber hinaus auch Probleme, die besonders Italien und Ungarn angehen. Die beiden Regierungschefs konnten vollkommene Einmütigkeit feststellen.

Die Richtlinien beider Regierungen sind unverändert geblieben, ebenso die Absicht, die Entwicklung der Zusammenarbeit mit Oesterreich weiter zu fördern.

In der Frage der wirtschaftlichen Beziehungen vertraten Mussolini und Gömbös einhellig die Ansicht, daß das März-Protokoll zur Zufriedenheit funktioniert. Schließlich haben Mussolini und Gömbös auch die kulturellen Beziehungen zwischen Italien und Ungarn erörtert. Man kam zu der Ansicht, daß sie noch enger gestaltet werden müßten und beschloß, die notwendigen Maßnahmen dazu zu treffen. Dem gleichen Zweck dient die für die nächste Zeit bevorstehende Zusammenkunft des italienischen und ungarischen Unterrichtsministers, die ein Abkommen zwischen beiden Ländern abschließen sollen.

★

Die italienischen Blätter unterstreichen die Uebereinstimmung der Ansichten der italienischen und ungarischen Regierung in der Frage des Ausbaues der römischen Protokolle. Die Turiner „Stampa" schreibt:

Mit der amtlichen Mitteilung werden alle tendenziösen Nachrichten über die Politik Ungarns und den Zweck der Rom-Reise Gömbös' widerlegt. Man hat oft von Kursänderungen, Neuorientierungen und Wandlungen in der italienischen und ungarischen Politik gesprochen — alles Vermutungen, um die Richtlinie zu verändern, die allein imstande ist, den Frieden in den schwierigsten Zeiten zu gewährleisten. Der „Corriere della Sera" sagt, die italienisch-ungarische Zusammenarbeit werde durch jene mit Oesterreich ergänzt. In dieser Beziehung bestände kein Gegensatz, sondern vielmehr handele es sich um die folgerichtige Fortsetzung einer seit 12 Jahren eingeschlagenen Politik.

Die ungarische Presse stellt mit großer Befriedigung fest, daß das entscheidende politische Endergebnis der Besprechungen in dem unverrückbaren Festhalten Italiens an den Revisionsforderungen Ungarns und in einer neuen entscheidenden Festigung der italienisch-ungarischen Freundschaft liege.

Sämtliche Blätter heben weiterhin hervor, daß in den Besprechungen auch die Beziehungen Italiens zu Deutschland und im Zusammenhang damit die österreichische Frage eingehend erörtert worden seien.

Sie weisen ferner in großer Aufmachung auf eine dreiviertelstündige Unterredung hin, die zwischen dem deutschen Botschafter von Hassell und dem ungarischen Ministerpräsidenten stattgefunden habe.

Das Ergebnis der Aussprache ist in Paris trotz der gespannten innerpolitischen Lage mit Interesse erwartet worden. Der römische Berichterstatter des „Matin" will aus der Erklärung folgern, daß das revisionistische Ungarn durch die Umstände gezwungen werde, den militärischen Status quo feierlich zu unterschreiben, „was Deutschland zu denken geben sollte". Die gemeinsame Verlautbarung besage andererseits, daß Rom, wenn es auch gegen die Wiederaufnahme der Zusammenarbeit mit Deutschland nichts einzuwenden habe, doch in dem Punkt der österreichischen Unabhängigkeit nicht mit sich handeln lassen werde. Der Besuch Gömbös' dürfte also an der diplomatischen Aktion Roms nichts geändert haben, sodaß Rom freie Hand für eine etwaige Annäherung an Frankreich und an Südslawien behalte.

Der Außenpolitiker des „Echo de Paris" glaubt mit Bedauern feststellen zu sollen, daß die italienisch-ungarische Bindung bestehen bleibe und man daher nicht sehe, wie Frankreich mit Italien zusammenkommen könnte.

Beginn der Feiern zum 9. November.

DNB **München**, 8. November.

Die Veranstaltungen anläßlich der 11. Wiederkehr des denkwürdigen 9. November 1923 nahmen am Donnerstagvormittag mit einem Standkonzert des Musikzuges der Leibstandarte „Adolf Hitler" an der Feldherrnhalle ihren Anfang. Trotz des unfreundlichen Herbstwetters hatten sich Tausende zum Konzert eingefunden. Auch der Reichsführer der SS, Himmler und der Führer der Leibstandarte, Obergruppenführer Dietrich, wohnten mit mehreren Oberführern und Standartenführern der SS dem Konzert bei. Die Darbietungen der Kapelle unter der Stabführung des MZ-Führers Müller-John waren ein Genuß außergewöhnlicher Art.

Der Befehlshaber im Wehrkreis 7, Generalleutnant Adam, wird im Beisein einer Abordnung des Wehrkreiskommandos für die am 9. November 1923 gefallenen Kämpfer der Bewegung an der Gedenktafel im Hofe des Wehrkreiskommandos einen Lorbeerkranz niederlegen. Vor der Gedenktafel wird ein Doppelposten des Reichsheeres und der SS Aufstellung nehmen.

Gottfried Feder zum Professor ernannt.

Berlin, 8. November.

Der Reichskommissar für das Siedlungswesen, Staatssekretär Gottfried Feder, ist zum Honorarprofessor in der Fakultät für Bauwesen der Technischen Hochschule Berlin ernannt worden.

Reichsbankrat Köppen in Schutzhaft.

Berlin, 8. November.

Die Geheime Staatspolizei hat über den Reichsbankrat Köppen, dessen unsoziales Verhalten gegenüber einem notleidenden Mieter die Empörung seiner Volksgenossen erregt hatte, und der am Montag dieser Woche bereits festgenommen wurde, die Schutzhaft verhängt.

Francois-Poncet in Paris.

(!) **Paris**, 8. November.

Der französische Botschafter in Berlin, Francois-Poncet, ist am Donnerstag zu einem mehrtägigen Aufenthalt in Paris eingetroffen.

Das Ergebnis der Wahlen in USA.

DNB **Newyork**, 8. November.

Nach den bisher vorliegenden Wahlergebnissen ziehen in das Repräsentantenhaus ein: 320 Demokraten, 102 Republikaner, drei Landarbeiter-Abgeordnete und sieben Fortschrittler. Fünf Sitze sind noch unentschieden. In den Senat sind 69 Demokraten, 24 Republikaner, ein Landarbeiter-Vertreter und ein Fortschrittler gewählt worden. Zwei Senatssitze sind noch offen. Gewählt wurden ferner 24 demokratische und sieben republikanische Gouverneure.

Pirandello Nobelpreisträger.

DNB **Stockholm**, 8. November.

Die schwedische Akademie hat heute den diesjährigen Nobelpreis für Literatur dem italienischen Dramatiker Luigi Pirandello zugesprochen.

Luigi Pirandello, Mitglied der Römischen Akademie der Wissenschaften, begann sein dichterisches Schaffen im Alter von 18 Jahren mit Gedichten, später schrieb er Novellen und Romane und noch später befaßte er sich mit dramatischen Arbeiten, die ihn erst in aller Welt bekannt machten. Insbesondere war es seine Komödie: „Sechs Personen suchen einen Autor", die ihn berühmt machte. Bei der Aufführung seiner Komödie: „Heute abend wird aus dem Stegreif gespielt" im Lessingtheater in Berlin kam es zu einem Publikumsskandal, woraus man schloß, daß die Pirandellomode nun zu Ende sei. Seit 1929 ist Pirandello Direktor der staatlichen Theater in Rom, Turin und Mailand.

Neuer Rekord der „Bremen".

$ **Newyork**, 8. November.

Der Lloyddampfer „Bremen" stellte bei seiner 100. Ueberfahrt einen neuen Rekord auf. Er passierte heute morgen um 9,57 Uhr (Newyorker Zeit) den Hafeneingang beim Ambrose-Feuerschiff. Die „Bremen" hat also, nachdem sie Cherbourg verlassen hatte, insgesamt vier Tage 15 Stunden und 27 Minuten zum Ueberqueren des Atlantiks gebraucht und konnte den eigenen Rekord um 21 Minuten verbessern.

Seine Frau und zwei Kinder erwürgt.

DNB. **Perleberg**, 8. November.

Im Perleberger Forst wurden die aus Perleberg stammende Ehefrau Büttner und ihre beiden Kinder tot aufgefunden. Die Untersuchung ergab, daß Büttner seine Frau und seine beiden Kinder in einer Schutzhütte ermordet hat. Der Täter hat wahrscheinlich seine Opfer im Schlaf mit einem Strick erwürgt und seiner Frau, die anscheinend nicht sogleich erstickt ist, den Hals durchgeschnitten. Büttner, der ohne Zweifel als Täter in Frage kommt, konnte noch nicht ermittelt werden. Wahrscheinlich hatte die Familie Büttner schon mehrere Tage in der Hütte gehaust. Die Ursache der Tat ist unbekannt.